

## "Para nunca olvidar"

Die Aufarbeitung der eigenen und der kollektiven Geschichte als erster Schritt zur Versöhnung - dieser Gedanke lag sowohl der offiziellen Wahrheitskommission (CEH) wie auch dem Projekt REMHI der katholischen Kirche zu Grunde. Das Ergebnis beider Projekte waren 7'000 - 8'000 ZeugInnenaussagen, die in schriftlicher Form gesammelt wurden. Und obwohl es von beiden sog. 'Volksversionen' gibt, sind es doch eher wissenschaftliche Werke, die in der Bevölkerung wenig Verbreitung fanden. Das Projekt *Para nunca olvidar* schliesst an die Arbeit der Wahrheitskommissionen an und macht in Radioprogrammen einzelne ZeugInnenberichte einer breiten Bevölkerung zugänglich.

Die dänische Radiojournalistin Lotte Holmen hatte zwischen Oktober 1999 und Februar 2000 die Leidensgeschichten guatemaltekischer Indígenas während des 36-jährigen Krieges gesammelt. Sie liess insgesamt 35 Personen ihre persönlichen Erlebnisse erzählen und nahm sie auf Tonband auf. Sechzehn davon machte sie nun als je 17 - 30minütige Radioprogramme der guatemaltekischen Bevölkerung und der Welt zugänglich.

"Ich will den GuatemalteKInnen den Zugang zu ihrer eigenen Geschichte vermitteln, als Teil des Verarbeitungsprozesses. Da ein grosser Teil der Indígenas AnalphabetInnen sind, ist das Radio das perfekte Medium dafür", erklärte Lotte Holmen ihr Projekt. "Und auf der ganzen Welt soll man aus der Geschichte Guatemalas lernen. Die Welt wird lernen - und zwar online."

Auf der Web-Site [www.para-nunca-olvidar.org](http://www.para-nunca-olvidar.org), die am 26. Juni, am internationalen Tag der Folteropfer, eröffnet wurde, sind Ausschnitte von acht der sechzehn ausgewählten und zu Mikroprogrammen verarbeiteten ZeugInnenaussagen zu hören und auch zu lesen. Hier ein Ausschnitt aus dem mit "Die Witwe" betitelten Interview:

"Das Gemeinste und Schlimmste finde ich, dass den Leuten, die nach dem Aufenthaltsort ihrer verschwundenen Angehörigen fragen, nicht geglaubt wird. Die einzige Antwort, die sie kriegen, ist, dass die Person wohl 'in etwas' verwickelt war, das sie besser hätte bleiben lassen. Das Schlimmste für mich ist, dass die Rechte derjenigen Menschen nicht geachtet werden, die an etwas anderes glauben, von etwas anderem träumen, die spüren, dass etwas verändert werden muss. Wenn jemand für eine Veränderung kämpft, wird er oder sie gefoltert und massakriert. Gerechtigkeit gibt es nicht, und das ist das Allerschlimmste. Mein Kind hat seinen Vater verloren und ich weiss, wenn er hier wäre, wäre unsere Situation ganz anders - dies zu wissen schmerzt mich, als Frau und als Mutter. Und ich weiss, dass es auch ihn schmerzt. Wie kommt jemand auf die Idee, ein Volk, das dafür kämpft, aus der Armut, der Unterdrückung und der Ignoranz zu entkommen, einfach zu zerstören? Das ist doch nicht richtig, nicht gerecht, und das ist es, was mich am meisten schmerzt."

Wie bei vielen von den beiden Wahrheitskommissionen aufgenommenen ZeugInnenaussagen war es auch für

die meisten InterviewpartnerInnen von Lotte Holmen das erste Mal, dass sie ihre Geschichte erzählten. Viele hatten Angst, die noch zunahm, als Alfonso Portillo, Kandidat der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) im letzten November die Wahlen gewann. Deshalb sind die einzelnen Interviews auch anonymisiert, bzw. mit "Der Guerillero", "Die Untröstliche", "Der Überlebende" oder eben mit "Die Witwe" betitelt.

"Das Projekt *Para nunca olvidar* wurde durchgeführt als Beitrag zu einer weniger gewalttätigen Gesellschaft. Die Bevölkerung soll dazu ermutigt werden, über die Vergangenheit zu sprechen. Das eine ist, eine Vergangenheit zu haben, das andere, darüber zu sprechen und sie zu verstehen. Nur so wird man je von einer gewaltfreien Zukunft träumen können," meinte Lotte Holmen.

Die Wahrheitskommissionen erhoffen sich, durch die Verbreitung von *Para nunca olvidar*, innerhalb der Bevölkerung Unterstützung zu bekommen, um bei der Regierung die Umsetzung ihrer Empfehlungen zu bewirken. *Para nunca olvidar* soll aber auch ein Tribut an die indigene Bevölkerung sein und an ihr wichtigstes Medium: Die gesprochene Sprache. Entsprechend gibt es die Programme nicht nur in Spanisch, sondern sie wurden in die verschiedenen Maya-Sprachen übersetzt.

Was das Format und den Inhalt angeht, sind die von Holmen produzierten Programme für Guatemala aussergewöhnliche Radioprogramme. Sie werden unter dem Titel "Demokratisierung des Wortes" von den lokalen Sendern der *Vereinigung guatemaltekischer Radioschulen* (FGER) ausgestrahlt. Ebenso werden sie als CD's in den guatemaltekischen Buchhandlungen erhältlich sein und an alle Schulen in Guatemala verteilt.

Unterstützt wurde das Projekt vom dänischen *Zentrum für Folteropfer* (RCT), das in Guatemala umfangreiche psychosoziale Projekte durchführt.

Lotte Holmen führte ein ähnliches Projekt bereits 1997 in El Salvador durch. Die Mikroprogramme werden dort jedes Jahr anlässlich der Friedensunterzeichnung von *Radio Cabal* ausgestrahlt und sind im *Museum des Wortes* in San Salvador dem Publikum zugänglich.

## Geste der Wiederversöhnung in Dos Erres

**Guatemala, 12. Dezember.** In Erinnerung an die Opfer des Massakers in der Gemeinde *Dos Erres*, Petén, wurde im ehemaligen Dorfzentrum und am Ort, wo das Massengrab entdeckt wurde, je ein Denkmal errichtet. An der Gedenkfeier nahmen Familienangehörige der Ermordeten und heutige BewohnerInnen des Dorfes teil. Geleitet wurde die Veranstaltung vom Leiter der *Präsidialen Menschenrechtskommission* (COPREDH), Víctor Hugo Godoy und von Aura Elena Farfán von der Vereinigung der *Familienangehöriger von Verschwundenen* (FAMDEGUA).

Das Massaker in *Dos Erres* fand am 7. Dezember 1982 statt. Rund 80 Soldaten, die meisten von ihnen Angehörige der Spezialeinheit *Kaibiles*, drangen ins Dorf ein und ermordeten mehr als 300 Personen. *Dos Erres* ist einer von drei Fällen schwerster Menschenrechtsverletzungen, in denen die guatemaltekische Regierung im März dieses Jahres ihre institutionelle Verantwortung anerkannte und Wiedergutmachung versprach.

In diesem Sinne ist auch die Errichtung der Denkmale zu verstehen. In seiner Rede sagte Godoy, das Vorhaben der

Regierung ginge weit über eine ökonomische Entschädigung der Angehörigen der Opfer hinaus. Es ginge ebenso um die Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses und um die nationale Wiederversöhnung. Dazu diene ein Video über die Geschichte des Dorfes und die Erstellung dieser Gedenkstätten.

Für Farfán ist die grösste Ehre, die den Ermordeten erwiesen werden kann, die juristische Verurteilung der Verantwortlichen des Massakers. Obwohl Präsident Portillo die Verantwortung des Staates anerkannt habe, werde der juristische Aspekt vernachlässigt. Zwar seien sechzehn Haftbefehle gegen ehemalige *Kaibiles* ausgestellt worden, doch würde nichts unternommen, um diese Verhaftungen durchzuführen. Ein Faktor, der den Verlauf der Gerichtsverhandlung lähmend beeinflusse, sei, dass die angeklagten Militärs von der Armee gedeckt würden, meinte Farfán.

Am 1. Dezember gründete Portillo per Dekret die *Spezialkommission zur Suche und Identifikation der Opfer und Familienangehörigen des Massakers von Dos Erres*. Dieser Kommission gehören VertreterInnen von COPREDH, MINUGUA, FAMDEGUA, des Zentrums für internationales Recht sowie ein katholischer Priester aus der Gegend an. Die Aufgabe dieser Kommission ist, zusammen mit der betroffenen Bevölkerung Richtlinien für die ökonomische Entschädigung der Opfer aushandeln. Die Arbeit der Kommission wird sich auf die Dauer eines Jahres beschränken.

## MenschenrechtsaktivistInnen bedroht

**Guatemala, 15. Dezember.** Die *Witwenorganisation* CONAVIGUA gab bekannt, dass eine ihrer Aktivistinnen seit mehreren Monaten telefonische Morddrohungen erhält, die sich in den letzten Tagen zugespitzt haben. Die Bedrohte, Rosa Tuis Guarcax, setzt sich in der Gemeinde San Pedro Yepocapa, Chimaltenango, aktiv dafür ein, dass der Vergewaltiger eines zwölfjährigen Mädchens zur Rechenschaft gezogen wird. Bei der jüngsten Drohung stellte sich der Anrufer als 'Mitglied einer bewaffneten Gruppe von Entführern und Mördern' vor und drohte damit, Tuis Guarcax und ihre Familie umzubringen, falls sie ihre Anschuldigungen nicht fallen lasse.

Auch die Eltern des Mädchens erhielten wiederholt Drohungen und wurden verfolgt. Der Angeklagte, Víctor Vicente Poroj, ein ehemaliger Militärkommissär und heutiger Vizebürgermeister, wurde im April dieses Jahres freigesprochen.

CONAVIGUA fürchtet um die Sicherheit ihrer Mitarbeiterin und deren Angehörigen sowie um die Sicherheit der Familie des Mädchens. Die Organisation hat die guatemaltekische Regierung aufgefordert, sofort Schritte zu unternehmen, um die Morddrohungen zu stoppen und die Sicherheit der Bedrohten zu garantieren. Weiter wurde die Wiederaufnahme der Untersuchungen gegen Poroj gefordert.

Auch Mitglieder der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) wurden wiederholt mit dem Tode bedroht. Am 3. Dezember wurde Dionisio Camajá Sánchez, ein Angestellter des GAM in Uspantán, Quiché, von einem ihm bekannten Mann, einem ehemaligen Kollaborateur des Militärs, körperlich angegriffen. Wenige Tage später ging im Büro des GAM in

der Hauptstadt eine Anruf eines angeblichen Mitarbeiters der UNO-Mission MINUGUA ein, in dem Camajá Sánchez gewarnt wurde, besser nicht mehr nach Uspantán zurückzukehren.

Am 7. Dezember wurde das Fahrzeug der Organisation vor dem Haus von Mario Polanco, dem Koordinator des GAM, von schwer bewaffneten Männern gestohlen. Der im Fahrzeug wartende Chauffeur wurde zum Aussteigen gezwungen und musste sich zusammen mit mehreren PassantInnen auf den Boden legen. Im gestohlenen Fahrzeug befanden sich auch die Schlüssel der Räumlichkeiten der Organisation, weshalb ein Überfall auf das Büro des GAM nicht ausgeschlossen werden kann.

Bereits im Vorfeld, aber auch nach dem Diebstahl des Fahrzeuges erhielt Polanco anonyme Anrufe und Drohungen. Am 9. Dezember stand den ganzen Tag ein unbekanntes Fahrzeug vor dem Haus Polancos. Die Familie Polancos informierte die Polizei, die jedoch nicht erschien.

Am selben Tag, als das Fahrzeug des GAM gestohlen wurde, erteilte der *Oberste Gerichtshof* (CSJ) dem guatemaltekischen Menschenrechtsprokurator ein Spezialmandat, um die Suche nach der im April dieses Jahres 'verschwundenen' Professorin Mayra Gutiérrez Hernández zu beschleunigen. Das Mandat dauert zwei Monate und beinhaltet die Erlaubnis, in zivilen und militärischen Institutionen Untersuchungen nach dem Verbleib von Gutiérrez anzustellen.

Da das GAM sich sehr für den Fall Gutiérrez einsetzt, ist ein Zusammenhang zwischen dem Beschluss des *Obersten Gerichtshofes* und den zunehmenden Drohungen gegen Mitglieder der Organisation naheliegend.

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:**  
**Verein ¡Fijáte!**  
**2502 Biel**  
**PC: 30-516068-6**  
**Redaktion und Abos:**  
**¡Fijáte!**  
**c/o Barbara Müller**  
**Ankerstrasse 16**  
**8004 Zürich**  
**Tel. 01/ 241 44 43**  
**E-Mail:**  
**barbara-m@bluewin.ch**  
**Jahresabo: 100.- Fr.**  
**Auslandabo: 120.- Fr.**  
**Förderabo: ab 200.- Fr.**

**Erscheinungsweise vierzehntägig.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

## Spanien archiviert den 'Fall Guatemala'

**Madrid, 13. Dezember.** Genau ein Jahr, nachdem die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú in Spanien Klage gegen acht ehemalige guatemaltekische Militärs eingereicht hatte, lehnte der Spanische Oberste Gerichtshof (ANE) es ab, den Prozess zu führen. Der Klage hatten sich im Verlauf der Monate weitere Organisationen und Einzelpersonen aus Guatemala und Spanien angeschlossen. Eine Klage erschien möglich, da es sich zum Teil um Menschenrechtsverletzungen handelte, die das guatemaltekische Militär und paramilitärische Kräfte an spanischen StaatsbürgerInnen begangen hatten.

Ein Grund, weshalb Menchú die Klage in Spanien einreichte, war auch, dass es angesichts der politischen Lage in Guatemala unrealistisch scheint, die Verantwortlichen von Folter und Völkermord vor Gericht zu bringen. Schon die Tatsache, dass einer der Angeklagten, Ex-General Efraín Ríos Montt, heute Kongresspräsident ist, zeigt, dass gewisse Kreise in Guatemala nur zu gerne bereit sind, Vergangenes zu vergessen.

Diese Meinung teilte jedoch das spanische Gericht nicht. In der Begründung der Ablehnung hiess es, dass die guatemaltekischen Friedensabkommen und der Bericht der Wahrheitskommission (CEH) die Grundlagen liefern, um solche Prozesse zu führen. Deshalb sei

es nicht nötig, ausländische Gerichte zu belangen.

Auch den Vergleich mit dem Fall des chilenischen Diktators Pinochet liess das Oberste Gericht in Spanien nicht gelten. Im Fall Chiles seien Amnestiegesetze erlassen worden, die einen Prozess gegen die Verantwortlichen des Völkermordes im Land selber verunmöglichen. In Guatemala sei dies nicht so, das *Gesetz zur nationalen Wiederversöhnung* schliesse nicht aus, dass die Menschenrechtsverletzer juristisch zur Verantwortung gezogen würden.

Das von der Klägerin angeführte Argument, dass gegen alle in Spanien angeklagten Ex-Militärs bereits in Guatemala Klagen eingereicht worden sind, die jedoch von den Gerichten nicht verfolgt wurden, überzeugte die spanischen RichterInnen nicht. Als die Klage in Guatemala präsentiert wurde, sei das Justizsystem vielleicht noch schwächer gewesen und RichterInnen hätten eher unter Druck gesetzt werden können. Heute stehe der Eröffnung solcher Prozesse in Guatemala jedoch nichts mehr entgegen, argumentierte das spanische Gericht.

"Gibt es keine Gerechtigkeit in Spanien, so wird es sie anderswo geben", war die Antwort der Hauptklägerin Rigoberta Menchú auf die Entscheidung des spanischen Gerichts. Niemand kön-

ne leugnen, dass es in Guatemala über 200'000 Tote und Verschwundene gegeben habe und sie werde den Kampf um Gerechtigkeit weiterführen, solange sie lebe, sagte Rigoberta in einem Interview mit *El País*.

Auch die Reaktionen der guatemaltekischen Menschenrechtsorganisationen waren geprägt vom Willen weiterzumachen. Aura Elena Farfán von FAMDEGUA und Mario Polanco vom GAM sind sich einig, dass es sich beim Urteil des spanischen Obersten Gerichtshofes um eine politische und nicht um eine juristische Entscheidung handelt. Die Anwälte von Rigoberta Menchú und der anderen KlägerInnen sind dabei, in Berufung zu gehen.

Der (momentan) 'lachende Dritte' heisst Ríos Montt. Der Kongresspräsident, dessen Ansehen in letzter Zeit durch verschiedene Skandale angeschlagen wurde, kommentierte die Entscheidung des spanischen Gerichtshofes mit dem Spruch "Meine Weste ist sauber". Die Klagen gegen ihn seien politische Spekulationen, bewiesen werden könne nichts, ergänzte er.

Der Anwalt des ebenfalls angeklagten Ex-Präsidenten José Humberto Mejía Víctores drohte damit, eine Klage wegen Diffamierung und Vorverurteilung gegen Rigoberta einzureichen (in Guatemala, selbstverständlich).

## Neuer 'Fahrplan' für die Umsetzung der Friedensabkommen

**Guatemala, 12. Dezember.** Die Mitglieder der *Begleitkommission der Friedensabkommen* (CAAP), legten einen neuen Zeitplan für die Umsetzung der Friedensabkommen fest. Das Programm umfasst 119 Punkte der Friedensabkommen, deren Einführung, Umsetzung oder Überprüfung bisher nicht oder nicht vollständig veranlasst wurden. Der neue Plan wurde unter anderem auf Druck der Geberländer gemacht, die mit dem Abbruch ihrer finanziellen Unterstützung drohten.

Im Jahr 2001 will die Begleitkommission in erster Linie die Umsetzung der Menschenrechtsabkommen vorantreiben. Dazu gehört die staatliche Anerkennung der Verantwortung beim Verschwindenlassen von Personen und bei aussergerichtlichen Hinrichtungen. Ebenso soll endlich die bereits gegründete *Kommission für Frieden und Versöhnung* ihre Arbeit aufnehmen können. Die laufenden Diskussionen über das Wahlgesetz, das Finanzabkommen und die Dezentralisierung sollen in den er-

sten Monaten des kommenden Jahres beendet und vom Kongress die entsprechenden Gesetze verabschiedet werden.

Weitere Schwerpunkte sind die Erhöhung der Alfabetisierungsrate auf 70% und die Ausarbeitung politischer Richtlinien in der Landfrage.

Im Jahr 2002 soll die Wiederansiedlung, Legalisierung und Ausbildung der entwurzelten Bevölkerung im Zentrum stehen. Das Thema Sicherheit und die Frage nach der zukünftigen Rolle des *Präsidenten Generalstabs* (EMP) werden auf das Jahr 2003 verschoben.

Die Sozialausgaben und die Garantie der Grundversorgung sollen in den kommenden vier Jahren eine prioritäre Position im Staatsbudget bekommen.

Der Leiter des *Friedenssekretariats* (SEPAZ), Gabriel Aguilera, betonte bei der Präsentation des neuen Zeitplans die Wichtigkeit einer Verlängerung des Mandates von MINUGUA. Nur so könne die Umsetzung dieses Planes überwacht werden. Dem gegenüber betonte der stellvertretende Chef von MINU-

GUA, Juan Pablo Corlazzoli, der wichtigste Garant für die Umsetzung sei der Wille der Regierung und aller beteiligten Sektoren.

Raquel Zelaya, ehemalige Leiterin des *Friedenssekretariats*, kritisierte, dass beim neuen Zeitplan keine klaren Prioritäten gesetzt worden seien. Vordringlich sei die Erziehungsreform und das neue Wahlgesetz, meinte sie.

Die *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOG) wies darauf hin, dass über 60% der Abkommen über die Agrarfrage bisher nicht umgesetzt wurden.

Die *Begleitkommission der Friedensabkommen* hat einen neuen Präsidenten: Gabriel Aguilera ersetzt Arnoldo Noriega, der für die URNG bisher dieses Amt innehatte. Noriega betonte, dass der Wechsel eine natürliche Entwicklung sei und nichts mit den Anschuldigungen wegen Kindsmisbrauch gegen ihn zu tun habe. Er wird weiterhin als Vertreter der URNG in der Kommission bleiben.

## Deklaration der indigenen Völker gescheitert?

**Genf, 7. Dezember.** Eine weitere Sitzung der UNO-Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung einer Deklaration der indigenen Völker ist erfolglos zu Ende gegangen. In keinem einzigen Punkt kam die Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus 42 Regierungen und 71 indigenen Organisationen, zu einem Kompromiss. Im Gegenteil, die Sturheit einiger Länder, allen voran der Vereinigten Staaten, liess bei den indigenen VertreterInnen den Eindruck aufkommen, die Verhandlungen befänden sich in einer Sackgasse.

Die Tatsache, dass einige Regierungen sich hinter geschlossenen Türen trafen, um Änderungen und Modifizierungen einzelner Artikel der Deklaration zu diskutieren, löste bei den indigenen Organisationen Kritik aus. Sie unterschieden die Einstellungen der verschiedenen Regierungen gegenüber den Rechten der indigenen Völker in 'kalt', 'warm' oder 'heiss'.

Zu den Ländern mit einer 'kalten' Einstellung gehören die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Neuseeland, Japan und China. Diese Länder weigern sich, den Begriff 'Indigene Völker' zu akzeptieren. Sie sprechen von 'indigenen Personen' oder 'Personen, die einer indigenen Gruppe angehören'.

Zu den Ländern mit 'warmen' oder 'heissen' Positionen werden u.a. Dänemark, Finnland, die Schweiz, die Philippinen, Bangladesch, Guatemala, Ecuador, Bolivien und Mexiko gezählt. Laut Juan León von der *Defensoría Maya* haben diese Länder eine offenere Einstellung und würden langsam die Angst verlieren vor Begriffen wie 'Volk', 'Territorium' und 'Naturressourcen'. In diesen Ländern hätten die ethnischen Minderheiten auf gesetzlicher Ebene Fortschritte erzielt und die Regierungen hätten begriffen, dass Selbstbestimmung nicht das selbe ist wie die Gründung eines separaten Staates oder die Zerstörung

des bestehenden.

Juan León beteuerte weiter, dass es wichtig sei, dass diese positiv eingestellten Länder die andern beeinflussen, um das Kräfteverhältnis innerhalb der Arbeitsgruppe zu verändern.

In Guatemala, einem sog. 'warmen' oder 'heissen' Land bezüglich seiner Position gegenüber den Rechten der Indigenas, fand vom 11.-13. Dezember ein internationaler Kongress statt. Sein Ziel war der regionale Erfahrungsaustausch im Umgang mit indigenem Recht und dessen Anerkennung innerhalb der Rechtssysteme der einzelnen Länder.

In der Schlussresolution des Kongresses wurden die Länder Guatemala, Honduras und Costa Rica dazu angehalten, das Abkommen 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) über indigene Völker umzusetzen. Die Regierungen von El Salvador und Panamá wurden aufgefordert, dieses Abkommen endlich zu ratifizieren.

## Volle Fahrt Richtung Dollarisierung

**Guatemala, 5. Dezember.** Die Finanzkommission des guatemalteken Kongresses sprach sich für die Einführung eines Gesetzes über den freien Verkehr von Devisen aus.

Dieses Gesetz soll es allen natürlichen und juristischen Personen ermöglichen, ihr Bankkonto in US-Dollar zu eröffnen. Auch soll es möglich sein, Bankgeschäfte wie Überweisungen ins oder aus dem Ausland in Dollar zu tätigen. Ausserdem dürfen Gehälter und Honorare in Dollar bezahlt, bzw. eingefordert werden.

Die *Guatemalteken ArbeiterInnenzentrale* (CGTG) sprach sich gegen ein solches Gesetz aus. Es sei ein Schritt Richtung Dollarisierung und habe ne-

gative Auswirkungen auf die ArbeiterInnenklasse, deren Löhne sicher auch in Zukunft nicht in Dollar ausbezahlt würden. Durch eine solche Massnahme werde die Zahl der Arbeitslosen zu- und die Kaufkraft der Bevölkerung abnehmen. Andererseits mache die Einführung eines solchen Gesetzes einen bereits herrschenden Zustand offiziell: Die ArbeiterInnen verdienen in Quetzales und sind von der Inflation betroffen, während die Preise der importierten Güter in Dollar sind und konstant bleiben.

Fernando Solís vom *Zentralamerikanischen Institut für politische Studien* (INCEP) teilte die Meinung, dass die Dollarisierung einzig denjenigen zugute kommt, die dick im Finanzgeschäft stek-

ken. Er nannte als Beispiel El Salvador, das ein ähnliches Gesetz angenommen hat. In El Salvador soll ab 1. Januar 2001 der Dollar parallel zur Landeswährung, dem Colon, gehandelt werden. Das Problem der zentralamerikanischen Finanzmärkte ist laut Solís, dass sie von einigen wenigen Banken oder Investoren kontrolliert werden, und diese die einzigen sind, die von der Dollarisierung profitieren.

Zu den wenigen, die in Guatemala einen Schritt in diese Richtung befürworten, gehören der Präsident der *Nationalbank* (BANGUAT), Lizardo Sosa oder der Präsident der *Vereinigung der Kaffeexporteure* (ADEC), Eduardo González.

## Gesund wird davon niemand

**Guatemala, 16. Dezember.** Die Angriffe gegen die rund 450 kubanischen ÄrztInnen gehen weiter. Begonnen hatte es damit, dass die guatemalteken Ärztekammer verlangte, dass die seit dem Hurrikan Mitch in Guatemala arbeitenden KubanerInnen einen Beitrag an den Berufsverband bezahlen.

Nun erhielten die kubanischen ÄrztInnen Todesdrohungen von einer sog. 'Antikommunistischen Geheimarmee'. In dem Brief hiess es, die KubanerInnen "sind hier, um die totalitären Ideen Castros zu verbreiten". Zwei Tage später war ihr Haus im Quiché mit Inschrif-

ten bemalt wie "Hier werdet ihr sterben". In einem Brief an ihren "Querido Comandante" bestärkten die ÄrztInnen ihren Wunsch, in Guatemala zu bleiben: "Niemand und nichts bringt uns hier weg!".

Gleichzeitig drohten die guatemalteken ÄrztInnen mit einem Streik, falls das Gesundheitsministerium ihre Forderung nach einer Gehaltserhöhung von 300% nicht erfülle. Der Gesundheitsminister, Mario Bolaños, schlug eine Gehaltserhöhung von höchstens 15% vor. Die *Nationalversammlung des Gesundheitspersonals* erklärte darauf Bolaños zur 'Persona non gra-

ta' und forderte seinen Rücktritt. Bolaños drohte mit einer Klage gegen fünf Ärzte dieses Verbandes.

Präsident Portillo reagierte darauf nicht gerade diplomatisch. Er fürchte sich nicht vor einem Streik der guatemalteken ÄrztInnen, schliesslich seien da ja immer noch die KubanerInnen, meinte er gegenüber der Presse.

Nun scheint es doch zu einer Einigung gekommen zu sein. Bolaños sprach von einer Lösung, von der das Volk und die ÄrztInnen profitieren würden. Genaueres wollte er dazu nicht sagen, das überlasse er den ÄrztInnen, meinte er.

## FRG kassiert 'Zehnten'

**Guatemala, 5. Dezember.** Die Parteistatuten der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) verlangen, dass alle Mitglieder der Partei, die ein öffentliches Amt innehaben, 10% ihres Gehalts der Partei abliefern. Dies betrifft u.a. Präsident Alfonso Portillo, Vizepräsident Francisco Reyes López, sechs MinisterInnen, zwölf VizeministerInnen und sechs präsidentiale SekretärInnen. Weiter 63 Kongressabgeordnete, fünf Mitglieder des *Zentralamerikanischen Parlamentes* (PARLACEN), 151 BürgermeisterInnen und unzählige GemeinderätInnen. Insgesamt besetzen rund 40'000 Mitglieder der FRG staatliche Stellen.

In letzter Zeit wurden immer mehr Fälle von Staatsangestellten bekannt, denen 10% ihres Lohnes abgezogen werden, ohne dass sie Mitglieder der

FRG sind. Die Angestellten der staatlichen Hafenebetriebe *Santo Tomás de Castillo* z.B. erhielten von ihrem Chef René Eliseo Lepe ein Dankeschreiben für ihre Beiträge an die Partei. Lepe ist Präsident der Finanzkommission der FRG. Ähnlich erging es zahlreichen LehrerInnen und anderen Staatsangestellten. Aus Angst, ihre Arbeit zu verlieren, haben sich viele der Angestellten nicht gegen diesen Lohnabzug gewehrt.

"Innerhalb der Partei gilt die Abgabe des Zehnten als Gesetz", meinte der stellvertretende Generalsekretär der FRG, Aristide Crespo. Darüber, wieviel monatlich auf diesem Weg in die Parteikasse fließt, konnte er jedoch keine Auskunft geben. Inoffizielle Berechnungen gehen davon aus, dass allein von den Kongressmitgliedern der FRG im

Verlaufe dieses Jahres der stolze Betrag von rund 350'000 US-\$ in die Parteikasse floss.

Alvaro Colom, ehemaliger Präsidentschaftskandidat der *Allianz Neue Nation* (ANN) forderte eine sofortige Untersuchung durch den Menschenrechtsprokurator. Gleichzeitig betonte er, dass das Vorgehen der FRG nichts Neues sei, sämtliche bisherigen Regierungen hätten diese Praxis betrieben.

Der Menschenrechtsprokurator Julio Arango Escobar will den Klagen der Staatsangestellten nachgehen. Die Tatsache, dass die Angestellten faktisch vor die Wahl gestellt würden, entweder den Zehnten abzuliefern oder ihre Arbeit zu verlieren, sei eine klare Verletzung des Arbeitsrechts, erklärte Arango Escobar.

## Brutale Landräumung im Petén

**Guatemala, 14. Dezember.** Seit dem 10. Oktober hatten rund 300 Familien die Finca *Santa Clara* in Santa Elena, Petén, besetzt. Das besetzte Land gehört der Gemeinde Santa Elena. Sämtliche Versuche, mit den zuständigen Behörden über eine Nutzung des Landes zu verhandeln, scheiterten in den vergangenen zwei Monaten.

Die Antwort seitens der Regierung kam in Form einer brutalen Räumung. Dreihundert Polizisten, darunter eine Spezialeinheit der Armee, vertrieben die BesetzerInnen unter Einsatz von Tränengas und Schusswaffen, während ein Bulldozer die Hütten der BesetzerInnen niederriss. Die Räumung fand im Beisein des extra zu diesem Anlass aus der Hauptstadt eingeflogenen Polizeichefs Rudio Leosan Mérida statt. Das Resultat laut Baudilio Zúñiga, Vertreter der BesetzerInnen: Vier Tote, Dutzende von Verletzten und rund fünfzig Verhaftete.

Diese Zahl wurde vom Polizeisprecher im Petén nicht bestätigt. Seine Version des Ablaufs der Räumung sieht folgendermassen aus: Erstens habe ein Räumungsbefehl vorgelegen. Zweitens hätten die BesetzerInnen einen Polizisten als Geisel genommen und damit gedroht, ihn zu lynchen. Und drittens hätten die BesetzerInnen das Feuer auf die Polizisten eröffnet, worauf sich der Ort in ein Schlachtfeld verwandelt habe. Die Tageszeitung *Prensa Libre* übernahm diese Version unhinterfragt.

Die *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOC) verurteilte die angewandte Methode als einen Hohn gegenüber sämtlichen Versuchen, solche Landkonflikte an Ver-

handlungstisch zu lösen. Es sei noch keine zwei Monate her, dass die Regierung nach einer landesweiten Protestaktion der BäuerInnen eine Kommission auf höchster staatlichen Ebene eingesetzt habe, um die Eskalation solcher Konflikte zu verhindern, erinnerte die CNOC.

Auch der Menschenrechtsprokurator Julio Arango Escobar sprach sich gegen das Vorgehen der Polizei aus. Er warf den Ordnungshütern vor, das Leben vieler Menschen aufs Spiel gesetzt zu haben und verwies sie auf den Polizeikodex, in dem es heisst, die Würde des Menschen müsse respektiert und geschützt werden.

Die Räumung der Finca *Santa Clara* fand zur gleichen Zeit statt wie die Ankündigung der armeeeigenen *Banco del Ejercito* über den Abschluss eines Geschäfts mit dem staatlichen Landfonds (FONTIERRA). Durch den Verkauf von Land im Wert von rund 5,3 Millionen US-\$ an FONTIERRA kann die Bank ihr Liquiditätsproblem lösen. Das Absurde an diesem Geschäft ist, dass ausgerechnet eine Institution wie FONTIERRA, die aus den Friedensabkommen entstanden ist, die Militärbank vor dem Konkurs rettet, indem sie ihr Land abkauft, das zum grössten Teil während des bewaffneten Konflikts enteignet wurde.

## Die Verbrennung der Teufel

**Guatemala, 7. Dezember.** Jedes Jahr an diesem Tag um Punkt sechs Uhr abends findet die traditionelle *Quema del Diablo* (Verbrennung des Teufels) statt. Dieser Brauch hat spanische Wurzeln und seine Herkunft war die Austreibung des Bösen und die Läuterung der heiligen Maria. Früher wurde der Brauch zelebriert, indem die Leute Fakeln auf die Strassen stellten, um die Prozession anlässlich von *Maria Empfängnis* zu beleuchten. Heute wird der Brauch begangen, indem die Leute den während des Jahres angesammelten Müll auf der Strasse verbrennen. Nicht selten werden dabei auch das Haus selber oder die umstehenden Fahrzeuge abgefackelt. Hauptsache, der Teufel wird mit viel Feuer und Knallkörpern vertrieben.

Was liegt näher, als an diesem Tag auch das Böse aus den korrupten gua-

temalteckischen Institutionen zu vertreiben und die Teufel des Kongresses zu verbrennen? Das *Movimiento Ciudadano*, der Zusammenschluss der Volksorganisationen, die in den letzten Wochen zu den allwöchentlichen Demonstrationen vor dem Kongress aufgerufen hatten, ergriff diese Gelegenheit. Pappfiguren mit den Gesichtszügen der 22 FRG-Abgeordneten, die wegen der Fälschung des Alkoholgesetzes angeklagt sind, wurden verbrannt. In weniger als fünf Minuten zerfielen die Figuren von Ríos Montt, Mario Rivera, Zulema Paz und anderen zu Asche.

Mit dieser symbolischen Geste beendete das *Movimiento Ciudadano* seine diesjährigen Aktivitäten, versicherte aber gleichzeitig, dass es seine Proteste im Januar 2001 wieder aufnehmen werde.

## CIDH verurteilt Guatemala im Fall Bámaca

**Guatemala, 7. Dez.** Der *Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte* (CIDH) mit Sitz in Costa Rica verurteilte den guatemaltekischen Staat einstimmig wegen der Verletzung des Rechts auf Freiheit, des Rechts auf Leben, des Rechts auf Justiz und des Rechts auf persönliche Integrität im Fall der aussergesetzlichen Hinrichtung des Guerillaführers Efraín Bámaca.

Wir veröffentlichen im Folgenden Ausschnitte aus der Erklärung von Jennifer Harbury, der US-amerikanischen Ehefrau von Bámaca, anlässlich des Urteils des CIDH:

"Der historische Richtspruch des *Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte* (CIDH) im Fall meines Ehemanns, Efraín Bámaca Velasquez, *Comandante* Everardo, hat mich sehr bewegt. Diese Entscheidung bestätigt und verteidigt die fundamentalen Menschenrechte: Das Verschwindenlassen von Personen, die Folter und die aussergerichtliche Hinrichtung eines Menschen sind absolut illegal. Die Meinung und politische Ausrichtung der Opfer, seien dies BäuerInnen, GewerkschafterInnen, Religiöse oder DissidentInnen darf dafür kein Vorwand sein. Ebensovwenig die Mitgliedschaft in einer revolutionären Bewegung, in diesem Fall der URNG.

Im Namen der 200'000 'verschunden' oder durch das guatemaltekische Militär umgebrachter Personen möchte ich dem CIDH meine tiefste Dankbarkeit ausdrücken. All diese Menschen werden nie mehr zu uns zurückkehren und man kann nicht rückgängig machen, was sie durch die Hände der Folterer erleiden mussten. Doch seit heute sind ihre Mörder keine patriotischen Helden mehr. Seit heute sind ihre Mörder nichts anderes als Mörder.

Vor fünfzehn Jahren habe ich meine Menschenrechtsarbeit in Guatemala begonnen. Nie werde ich den aussergewöhnlichen Einsatz von Héctor Gómez,

einem der Gründer der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM), vergessen. Nie werde ich den Mut von Leuten wie Mirna Mack, Bischof Gerardi und vielen Mitgliedern der Volksorganisationen vergessen. Nie werde ich die Überlebenden der Massaker in San Francisco Nentón, in Rabinal, in Río Negro, in Dos Erres, im Ixil und im Ixcán vergessen.

Heute ist kein Tag zum Feiern, es ist ein Tag der Erinnerung. Es ist ein Ehrentag für unsere Liebsten: ihr Recht auf Leben, ihr Recht zu leben, wurde heute international anerkannt.

Seit Jahren beharren die Armeen von Guatemala, Chile, Argentinien, Kolumbien, Honduras und El Salvador darauf, dass es Ausnahmen bei der Auslegung der Menschenrechte gibt. Sie beharren auf ihrem Recht, Personen, die ihnen aus irgendeinem Grund suspekt sind, zu foltern, zu ermorden und in Massengräbern zu verstecken. Wie oft mussten wir die brutalen Worte hören: "IhrE AngehörigeR war in etwas verwickelt. Gehen Sie besser nach Hause?" Wie oft haben sie uns gesagt, dass die Folter und die Misshandlung verdient seien, dass das Militär die Rolle der Gerichte übernommen habe?

Heute sind diese Sätze für ungültig erklärt worden. Diese vermeintlichen Ausnahmen gibt es nicht, hat es nie gegeben. Die 200'000 Toten sind 200'000 Ermordete. Es gibt keine Rechtfertigung für die Entführungen, die klandestinen Verhaftungen, die Folter, die aussergerichtlichen Hinrichtungen, die Massengräber. Nie, unter keinen Umständen.

Mein Kampf gegen die Verantwortlichen all der Greuelthaten geht weiter. Auch mein Kampf gegen die CIA, die nicht nur in Guatemala, sondern überall auf der Welt mitschuldig an vielem Leiden ist, geht weiter. Meine Klage gegen die CIA befindet sich zur Zeit bei den Gerichten und ich hoffe, dass eines Tages das selbe Urteil fällt, wie es der CIDH gefällt hat. Die Menschenrechte müssen

Realität werden und dürfen nicht weiter ein Witz der Militärs sein.

Der Fall Everardo ist unheimlich traurig und gleichzeitig ein Präzedenzfall für viele andere. Everardo wurde lebend vom Militär entführt und in einer Militärkaserne versteckt gehalten. Niemand hat die UNO oder das Rote Kreuz oder die Gerichte oder die Familie informiert. Er wurde während mindestens einem Jahr körperlich und psychisch gefoltert. Offiziell hiess es, er sei im Kampf gefallen, um eine Intervention der Menschenrechtsorganisationen zu verhindern. Sein Körper wurde eingegipst, um eine Flucht zu verhindern. Und trotzdem hat er nie gesprochen. Zum Schluss haben sie ihn aus einem Helikopter geworfen und ihm die Glieder verstümmelt, um eine Identifikation unmöglich zu machen. Bis heute hatten sie noch nicht den minimalen Anstand, mir seine sterblichen Überreste zurückzugeben.

So haben wir einen Menschen verloren, der sich seinem Volk verschrieben hatte. Einer von 200'000."

(Jennifer Harbury)

Liebe Leserin, lieber Leser

Dies ist die letzte ¡Fijáte!-Nummer in diesem Jahr; die nächste erscheint in drei Wochen, am 10. Januar 2001. Dann werden Sie auch die Jahresrechnung 2001 erhalten, mit der Bitte, den Betrag so bald wie möglich zu überweisen.

Ein herzliches Dankeschön an alle Personen, die mich in diesem Jahr bei der Herausgabe des ¡Fijáte! tatkräftig unterstützt haben, sei es als Korrektorin, als Kopierer, Versender und Anlaufstelle, als Übersetzerin, als Computersupporter, als Artikelschreiberin und, nicht zu vergessen, als Leserin und Leser.

Im Voraus möchte ich auch den aktiven Mitgliedern des Vereins Solidarität mit Guatemala e.V. dafür danken, dass sie die Herausgabe des ¡Fijáte! während den Monaten Februar und März übernehmen. Ich selber bin in dieser Zeit in Kuba und Guatemala, um mich 'vor Ort' wieder einmal zu informieren. Der ¡Fijáte! wird in diesen zwei Monaten etwas verändert erscheinen - lassen Sie sich überraschen!

Feliz año nuevo!

Barbara Müller

## ODHA gibt Exhumierungsprogramm auf

**Guatemala, 8. Dezember.** Das erzbischöfliche Menschenrechtsbüro (ODHA) stoppt ab sofort sein Exhumierungsprogramm. Der Direktor des Projektes, Francisco de León, gab bekannt, die Schliessung habe vor allem finanzielle Gründe. Die internationalen Geldgeberorganisationen würden im Moment Projekte in Afrika bevorzugen.

Dazu komme aber auch, dass die Direktion der ODHA seit der Ermordung von Bischof Gerardi ihre Philosophie ge-

ändert habe. Bei einer Exhumierung handelt es sich laut de León nicht bloss um das Ausgraben von Knochen. Es gehöre ein psychosozialer Prozess der ganzen Gemeinde, in der das Massaker stattfand, dazu. Dies brauche Geld und Zeit. Die ODHA sei nicht weiter bereit, dies zur Verfügung zu stellen, bedauerte er.

Das Projekt der ODHA hatte in den letzten vier Jahren 42 Exhumierungen vorgenommen, weitere 32 waren geplant und werden nun nicht durchgeführt.